

Mal nachgefragt!

Wie gehen Kommunen mit Herausforderungen im Klimaschutz um?



© Landratsamt Ilm-Kreis

Felix Schmigalle

Klimaschutzmanager &
Agenda 2030 Beauftragter
des Ilm-Kreises

Ilm-Kreis

Thüringen
ca. 106.700 Einwohner:innen

TIPPS

... für den Weg zur
Klimaneutralität



Gemeinsam
Klimaschutz
im ILM-KREIS

Kommunaler Klimaschutz ist als Gemeinschaftsaufgabe zu verstehen und funktioniert nur, wenn die Ansätze konkret an den Bedürfnissen der Menschen in der Region orientiert werden. Die Themen- und Aktionsfelder entstehen dabei im besten Fall aus einem engen Austausch mit allen für den Klimaschutz relevanten Zielgruppen. Nur durch gegenseitige Unterstützung und Vertrauen kann Klimaneutralität in einer Kommune mittelfristig erreicht werden. Wir als Landkreisverwaltung wollen dabei als Dienstleister und Berater für unsere Bürgerinnen und Bürger, unsere Unternehmen und Städte und Gemeinden wahrgenommen werden und ihnen als Partner zur Seite stehen.

Wie ist Klimaschutz in der Kommune verankert, und wo zeigt er Wirkung?

Proaktive politische Positionierung ist die Basis für einen stabilen Klimaschutz

Die Aktivitäten des Ilm-Kreises im Bereich der nachhaltigen Entwicklung und des Klimaschutzes begannen bereits im Jahr 1996. Mit der Einrichtung von hauptamtlichen Stellen im Bereich der Agenda 2030, vormals Agenda 21, ab 1998 und ab 2015 im Bereich Klimaschutzmanagement, von der Nationalen Klimaschutzinitiative (NKI) gefördert, haben wir schon früh die Weichen für einen zielorientierten Klimaschutz- und Nachhaltigkeitsprozess gestellt. Als erster Landkreis in Thüringen haben wir 2008 ein Klimaschutzkonzept erarbeiten lassen, auf dessen Grundlage meine Personalstelle über die Kommunalrichtlinie beantragt werden konnte. Aufgrund der langen institutionellen Auseinandersetzung mit dem Thema „Nachhaltigkeit“ in der Landkreisverwaltung konnten wir den Klimaschutzprozess auf ein stabiles Fundament stellen und politische Beschlüsse herbeiführen. Für das Fortbestehen der Dynamik hier vor Ort ist es notwendig, sich weiterhin proaktiv politisch zu positionieren und den kommunalen Klimaschutz mit ausreichend finanziellen Mitteln auszustatten.

Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Wir wollen die Menschen vor Ort beim Klimaschutz unbedingt mitnehmen

Die Klimaschutzziele im Landkreis orientieren sich an den Treibhausgas (THG)-Einsparzielen des Bundes und den Festlegungen der Europäischen Union. Eine spezifische sektorale Festlegung zur Reduktion der CO₂-Emissionen wurde bisher ausschließlich für die kreiseigenen Liegenschaften und die Umstellung des Fuhrparks durchgeführt. Unser „Aktionsprogramm Klimaschutz und Nachhaltige Entwicklung“ wird gerade überarbeitet, hier definieren wir Maßnahmen, die wirkungsvoll CO₂-Emissionen einsparen und von der Bevölkerung mitgetragen werden. Bei der Kommunikation von Klimaschutz im Ilm-Kreis wird der Fokus auf die Akzeptanz der Maßnahmen gelegt und nicht ausschließlich auf das Einsparen von CO₂. Die Erfahrungen aus den vergangenen zehn Jahren Klimaschutz vor Ort zeigen, dass mit dieser Herangehensweise mehr Beteiligung unterschiedlicher Zielgruppen stattfindet und die Akzeptanz zur Umsetzung von Maßnahmen gewachsen ist. Die Steigerung der Energieeffizienz in Unternehmen, privaten Haushalten und öffentlichen Liegenschaften, die Förderung des Ausbaus von erneuerbaren Energien inklusive Bürgerbeteiligung, die Reduktion von CO₂ im Mobilitätssektor, die Unterstützung der Transformation im Bereich Landwirtschaft und Flächennutzung sowie der Bereich Bildung, insbesondere für nachhaltige Entwicklung, stehen im Landkreis in einem besonderen Fokus.

Zirka alle fünf Jahre lässt der Landkreis eine CO₂-Bilanz für die Bereiche Strom, Wärme und Mobilität erstellen. Die 2025 erstellte CO₂-Bilanz für den Vergleichszeitraum 2013 bis 2024 hat eine Reduktion der Gesamt THG-Emissionen um 11,5 Prozent ergeben. Allerdings reicht der gegenwärtige Trend bei der Senkung der THG-Emissionen im Landkreis noch nicht aus, um die Klimaschutzziele auf Bundesebene bis 2045 zu erreichen.

Die „Bestseller“ für wirkungsvollen Klimaschutz



Woche der Erneuerbaren Energien: Die Aktivierungs- und Bildungsarbeit im kommunalen Klimaschutz ist im Ilm-Kreis ein zentrales Handlungsfeld. Seit 14 Jahren wird um den Jahrestag der Tschernobyl Reaktorkatastrophe vom April 1986 die „Woche der

Erneuerbaren Energien“ im Landkreis veranstaltet. Mit unterschiedlichen Veranstaltungsformaten wie zum Beispiel Workshops zu Lehmbau, Selbstbau-Photovoltaik oder Recycling informieren wir über konkrete Handlungsmöglichkeiten, fördern die Vernetzung von verschiedenen Zielgruppen und bieten aktiv Raum, um Klimaschutz „erlebbar“ zu machen. Unser jährlich stattfindender Wettbewerb „Erneuerbare Energien“ ist dafür ein beispielhaftes Erfolgsprojekt. Interessierten Schulen stellt der Landkreis kleine Solarmodule mit Motor zur Verfügung. Die Kinder bauen damit kreative und kompostierbare solarbetriebene Modelle wie Flugzeuge, Fahrzeuge oder Gebäude.

Im Durchschnitt werden pro Jahr mindestens 150 Modelle eingereicht, die wir in Einkaufszentren und Läden im gesamten Landkreis ausstellen. Das motiviert nicht nur die Kinder, sich mit den Themen des Klimaschutzes auseinanderzusetzen, sondern auch Eltern, Großeltern und Geschwister.

Das Möhrchenheft: Mit drei Thüringer Kommunen wurde in Zusammenarbeit mit einem Grafikbüro im Jahr 2013 das „Möhrchenheft“ ins Leben gerufen. Das Hausaufgabenheft für Grundschulen im Ilm-Kreis beinhaltet neben den klassischen Kalenderwochen zum Eintragen auch 12 Themenseiten zur Vertiefung von Inhalten im Unterricht oder zum eigenen Erfahren. Das Heft ist in 18 der 22 Grundschulen im Landkreis im Einsatz und wird von 2.400 Schülerinnen und Schülern genutzt. Auf diesem Weg werden die „Klimaschützer von Morgen“ frühzeitig an Themen herangeführt und sensibilisiert.



Senioren- und Schüler-Ferien-Ticket: Zur Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs und des klimafreundlichen Modal-Splits im Landkreis gibt es seit 2024 Zuschüsse für Senioren- und Schülertickets. Dabei übernimmt der Landkreis 18 Euro pro Monat für die Kosten des Deutschlandtickets für Seniorinnen und Senioren. Schülerinnen und Schüler, die aufgrund ihres nahen Wohnumfeldes zur Schule keinen Anspruch auf Erstattung eines Deutschlandtickets haben, erhalten in den Sommerferien das Ticket kostenfrei.

Mitfahrplattform Ilm-Kreis: Der Mobilitätssektor ist drittgrößter Emittent von Treibhausgasen im Landkreis. Die ländlich geprägten Strukturen sorgen für hohe Pendlerzahlen. Viele Mitarbeitende pendeln dabei in das im Landkreis ansässige größte Industriegebiet Thüringens, das „Erfurter Kreuz“. Zur Verringerung des motorisierten Individualverkehrs im Landkreis und im Industriegebiet wurde in sehr enger Zusammenarbeit mit dem ansässigen Unternehmerverein „Initiative Erfurter Kreuz e.V.“ und einem Dienstleistungsunternehmen ein Mitfahrportal eingeführt. Innerhalb eines Zeitraumes von sechs Monaten konnten bereits über 11.000 Fahrgemeinschaften organisiert und ein Teilnahmenetzwerk von acht größeren Unternehmen aufgebaut werden.

Ausbau Erneuerbarer Energien mit Bürgerbeteiligung: Der Ausbau erneuerbarer Energien im Landkreis soll laut Kreistagsbeschluss aus dem Jahr 2014, wenn möglich mit Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger, durchgeführt werden. Bereits seit 2013 arbeitet das Landratsamt bei der Installation und dem Betrieb auf kreiseigenen Liegenschaften mit der Bürgerkraft Thüringen eG zusammen. Diese Bürgerenergiegenossenschaft betreibt derzeit auf zehn Kreisgebäuden Photovoltaikanlagen in verschiedenen Leistungsgrößen zur Eigenstromversorgung.

Damit können sich Bürgerinnen und Bürger direkt am Wechsel der Energieversorgung in kreiseigenen Liegenschaften beteiligen und gleichzeitig kann der Landkreis den Umbau zum klimaneutralen Gebäudestand weiter vorantreiben. Eine „WinWin Situation“ für alle.



Wo zeigen sich Auswirkungen der aktuellen Klimapolitik auf den Arbeitsalltag?

Wegfall der sektoralen Betrachtung führt zu Verunsicherung

Das beschlossene Klimagesetz auf Bundesebene hat die Aufmerksamkeit auf den Klimaschutz zunächst gesteigert. Die darin formulierten Inhalte sind eine wichtige Orientierung für die kommunale Verwaltungspraxis und werden als solche auch in die eigenen Prozesse mit eingebunden. Durch die Festlegungen im Bundesgesetz ist eine stärkere Verbindlichkeit gegenüber der Planung und Umsetzung von kommunalen Klimaschutzmaßnahmen sichtbar.

Aufgrund von unklaren Rahmenbedingungen zur Umsetzung des Klimagesetzes auf Maßnahmenebene beobachte ich jedoch derzeit eine Verunsicherung bei unterschiedlichen Akteursgruppen im Ilm-Kreis. Themen wie zum Beispiel der Ausbau der Windenergie im Landkreis werden als aufgekroyiert wahrgenommen. Der Wegfall der sektoralen Betrachtung zur vollständigen Dekarbonisierung Deutschlands bis 2045 hat vielfach für Unverständnis bei den kommunalen Klimaschutzakteuren gesorgt. Weil Kommunen nach wie vor den sektoralen Ansatz anwenden, steht dieses im Widerspruch zu den Handlungsweisen im Bund. Aus kommunaler Sicht ist ein aktives Handeln in allen Sektoren notwendig, damit die vollständige Dekarbonisierung Deutschlands bis 2045 gelingen kann.

Planungssicherheit erleichtert Klimaschutz für alle und ermutigt, neue Wege zu gehen

Die Planung und Umsetzung von kommunalen Klimaschutzprojekten erfordert personelle und monetäre Ressourcen. Aufgrund der derzeitigen politischen Entwicklungen in Deutschland, Europa und der Welt und den damit verbundenen Herausforderungen sehe ich das Risiko, dass der kommunale Klimaschutz aus dem Blickfeld der Politik gerät. Aufgrund steigender Ausgaben in den Landkreisen, Städten

und Gemeinden z. B. im Bereich der Sozialleistungen, werden derzeit häufiger die inhaltlichen Prioritäten in den Kommunen verschoben. Die Aktivitäten im kommunalen Klimaschutz werden dabei oftmals als Themenkomplex wahrgenommen, der im Zuge von Haushaltplanungen finanzielle Einsparungen ermöglicht. Aber eines wird an dieser Stelle aus meiner Sicht grundsätzlich vergessen: Die kommunale Ebene, welche in Deutschland zu 68 Prozent ländlich geprägt ist, stellt den Raum für die klimafreundliche Transformation unserer Gesellschaft! Hier finden maßgeblich die Aktivitäten und Maßnahmen zur Energie- und Mobilitätswende, zur Steigerung der Energieeffizienz in den Gebäuden, für eine klimaverträgliche Landnutzung und weitere Schwerpunkte im kommunalen Klimaschutz statt.

Aus den Projekterfahrungen und vielen Gesprächen in meiner über zehnjährigen Tätigkeit als Klimaschutzmanager im Ilm-Kreis habe ich den Eindruck gewonnen, dass die Bürgerinnen und Bürger konkrete Klimaschutzmaßnahmen umsetzen wollen. Dafür benötigen sie allerdings in erster Linie Planungssicherheit für ihre Investitionen, die auch dem Klimaschutz zugutekommen, wie beispielsweise der Bau einer Photovoltaikanlage zur Eigenstromnutzung.

Die Bürgerinnen und Bürger nehmen mit der Umsetzung von Maßnahmen die Herausforderungen im kommunalen Klimaschutz vielfach an. Die Kommunalverwaltungen versuchen, dabei als Partner und Unterstützer an ihrer Seite zu stehen, insofern sie Personal für Klimaschutz vorhalten. Die kommunalpolitische, und noch mehr die bundespolitische Ebene, sollte hier noch stärker Bürgerinnen und Bürgern bei der Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen unter die Arme greifen. Es bedarf Rahmenbedingungen, die alle Strukturen innerhalb einer Kommune bei der Umsetzung von kommunalen Klimaschutzmaßnahmen unterstützen. Dabei ist ein Zusammenwirken aller föderalen Ebenen notwendig. Die Prüfung von Finanzierungsalternativen wie zum Beispiel die Einführung einer „Gemeinschaftsaufgabe kommunaler Klimaschutz und -Klimaanpassung“ sollten dabei ebenso diskutiert werden wie direkt anwendungsorientierte Instrumente, beispielsweise die Einführung von „Erneuerbare-Energie-Gemeinschaften“ zur gemeinsamen Nutzung von selbst produzierten nicht fossilen Energien. Wir sollten uns alle gemeinsam trauen, neue Wege zu gehen, um unsere klimafreundliche Zukunft gestalten zu können. Gerade die in der Diskussion befindliche Einführung einer Gemeinschaftsaufgabe Klimaschutz und -anpassung wäre eine sehr wirkungsvolle Unterstützung des kommunalen Klimaschutzes. Damit würde die Verbindlichkeit bei der Umsetzung der Transformationen auf der kommunalen Ebene gestärkt werden und bei guter Ausgestaltung durch die Länder ein langfristiges Finanzierungsmodell für Kommunen zur Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen inklusive des dazugehörigen Personals geschaffen.

Klimaschutz konkurriert heute vielfach mit anderen zentralen Themen in den Kommunen. Wir sollten nicht den Fehler begehen, die Themen gegeneinander auszuspielen, sondern sie weiterhin aktiv miteinander verknüpfen! Ein Beispiel dafür ist der Sozialbereich mit einer enormen Ausgabenfülle in den Kommunen. Schaffen wir es, einen klimafreundlichen und sozialverträglichen Umbau unserer Gesellschaft zu vollziehen, werden alle beiden Bereiche profitieren. Durch die enge Zusammenarbeit einer Vielzahl von unterschiedlichen Akteursgruppen im Ilm-Kreis, wie Verwaltungen, Vereine, Genossenschaften, Unternehmen und aktive Bürgerinnen und Bürger, gelingt es uns immer wieder, Projekte zu definieren und sich gegenseitig bei der Umsetzung erfolgreich zu unterstützen.

Welche Bedeutung hat die klimaneutrale Wärmeplanung für den Klimaschutz?

Wärmeplanung ist der erste Schritt zu klimafreundlichem Heizen

Die klimaneutrale Wärmeplanung ist eine große Chance, die Dekarbonisierung im besonders emissionsstarken Wärmebereich im Landkreis zu erreichen. Mit der Erstellung der Konzepte zur kommunalen Wärmeplanung befähigen sich Städte und größere Gemeinden in unserer Region, konkrete Möglichkeiten zur THG-neutralen Wärmeerzeugung zu sondieren und Zukunftsstrategien zu entwickeln.

Unser Landkreis sieht sich dabei einerseits als Impulsgeber durch die eigenen 105 Liegenschaften und andererseits als Unterstützer bei der Umsetzung der Wärmeplanungen in den Kommunen. Die gesetzlichen Bedingungen und Fördermittel unterstützen die Entwicklung zur Implementierung neuer Wärmeerzeugungs- und Verteilungskonzepte in den Kommunen. Allerdings hat das Gebäudeenergiegesetz auch Verunsicherungen hervorgebracht, woraus „Schnellkäufe“ von fossilbetriebenen Heizungen stattfanden.

Bei der demnächst folgenden Umsetzung der Wärmeprojekte wollen wir als Landkreis jede Chance nutzen, die Kommunen bei der Einbindung von Bürgerinnen und Bürger zu unterstützen, um diese möglichst aktiv in Entscheidungsprozesse einzubinden. Dadurch kann die Wärmewende auf breitere Füße gestellt und damit die Akzeptanz dafür weiter gesteigert werden.

Haben die Bereiche Personal und Finanzen ihre Haltung zum Klimaschutz nachhaltig verändert?

Landeszuschuss steigert Investitionen in den Klimaschutz

Mit der Einführung des „KlimaPaktes“ im Jahr 2023 durch das Land Thüringen werden dem Ilm-Kreis und den Städten und Gemeinden jährlich Mittel zur Planung und Umsetzung von kommunalen Klimaschutzmaßnahmen zur Verfügung gestellt und zwar 6 Euro 40 Cent je Einwohner.

Der Kreishaushalt konnte durch die Mittelzuweisung vom Land seit 2023 um ein Vielfaches entlastet werden und es konnten mehr Maßnahmen in die Umsetzung kommen. In den vergangenen Jahren ist es darüber hinaus auch gelungen, vermehrt Klimaschutzmaßnahmen in die Haushaltspolitik anderer Ämter, z. B. das Gesundheitsamt oder das Gebäude-Liegenschaftsamt einzuordnen. Damit wird das Thema Klimaschutz auch innerhalb des Landratsamtes breiter gedacht und gestärkt.

Die Interviewreihe „Mal nachgefragt“ findet im Rahmen des vom Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit geförderten NKI-Projektes „Erfolgsmodell Klimaaktive Kommune – Vorbilder identifizieren, kommunizieren, republizieren“ statt. Befragt werden ausgewählte Mitgliedskommunen des bundesweiten Arbeitskreises Kommunaler Klimaschutz (AKK). Der AKK besteht überwiegend aus Vertreter:innen aus Preisträgerkommunen des Wettbewerbs „Klimaaktive Kommune“, Vertreter:innen der kommunalen Spitzenverbände Deutscher Städtetag, Deutscher Landkreistag und Deutscher Städte- und Gemeindebund sowie dem organisierenden und fachlich begleitenden Deutschen Institut für Urbanistik. Der Arbeitskreis beschäftigt sich mit Themen rund um den kommunalen Klimaschutz. Mit verschiedenen Veröffentlichungen gibt der Arbeitskreis konkrete Hinweise zu aktuellen Fragestellungen. Zielgruppen sind die Verwaltungen in Kommunen ebenso wie Entscheidungsträger:innen auf politischer Ebene.

Ansprechpartner: Deutsches Institut für Urbanistik, Tel. 0221 340308 15, www.klimaschutz.de, www.difu.de